

Kurzinformationen

Das Sekretariat der Bischofssynode legte das erste Vorbereitungsdocument für die Vollversammlung 1990 vor

Die Vollversammlung der Bischofssynode im Herbst 1990 wird sich mit dem Thema „Die Bildung der Priester in der heutigen Gesellschaft“ befassen. Das jetzt fertiggestellte erste Vorbereitungspapier des Synodensekretariats, die sogenannten „Lineamenta“, behandeln die gegenwärtige Situation des Priesternachwuchses, Grundfragen der Priesterausbildung und die verschiedenen Träger der Priesterbildung. Manche Priesteramtskandidaten in der westlichen Welt, so der Text, hätten eine wenig stabile psychische Struktur, zweifelten an der Möglichkeit einer definitiven Bindung, verlangten nach klaren und präzisen Richtlinien und sinnvollen Beziehungen. Zu beobachten sei bei ihnen aber auch der große Wunsch nach geistlicher Formung und nach einem Leben in Gemeinschaft, Bereitschaft zur Verkündigung der frohen Botschaft an alle und zum Dienste an der Entwicklung der Völker. Die „Lineamenta“ heben drei Punkte als für die heutige Priesterbildung wesentlich hervor: In einer säkularisierten Welt sei der Priester durch Weihe und Dienst ein „Zeuge für das Geheimnis“; in einer gespaltenen Welt sei er Diener der Gemeinschaft im Glauben der Kirche und der Liebe Christi; in einer Welt, in der so viele Christus nicht kennen würden, diene der Priester inmitten des Volkes Gottes zusammen mit anderen Amtsträgern und Laien der Sendung der Kirche für die Evangelisierung der Welt. Der Text weist darauf hin, daß Priesterberufungen normalerweise in christlichen Familien entstehen und hebt auch auf die Bedeutung von Schulen für die Entstehung von Berufungen ab. Viele geistliche Bewegungen führten zu Bekehrungen und brächten Menschen das Gebet und den apostolischen Geist nahe: „Manche Berufungen zum Priestertum und Ordensleben entstehen und entwickeln sich inmitten dieser Bewegungen.“ Zur Priesterausbildung stellt der Text fest, sie müsse in sich schlüssig sein und eine innere Einheit aufweisen. Die „Lineamenta“ enthalten wie üblich einen Anhang mit Fragen zum Synodenthema, die als Leitfaden für die Stellungnahmen der einzelnen Ortskirchen dienen können.

Misereor-Zuwendungen für brasilianische Landpastoral wurden neu geregelt

Vom 19. bis 23. Juni weilten Vertreter der Brasilianischen Bischofskonferenz und der dortigen Kommission für die Landpastoral (Comissão Pastoral da Terra – CPT) zu Gesprächen mit der bischöflichen Kommission für Misereor und der Leitung der Bischofskonferenz in der Bundesrepublik. Es ging dabei um die Klärung der Sachlage, die durch den Beschluß der bischöflichen Kommission Misereor vom Dezember vorigen Jahres (vgl. HK, Juni 1989, 246) entstanden war. Danach sollen künftig die Misereor-Mittel zur Unterstützung der Landpastoral nicht mehr an die

dortige Kommission für Landpastoral und deren regionale Unterorganisation projektbezogen vergeben, sondern an einen Fonds der Brasilianischen Bischofskonferenz überwiesen werden, die dann zu entscheiden hat, wie die Mittel im Bereich der Landpastoral vergeben werden. Mit dem Beschluß war in Brasilien wie in der Bundesrepublik die Befürchtung entstanden, der brasilianischen Landpastoral die Unterstützung von Misereor überhaupt zu entziehen. Diese Befürchtungen konnten in den Gesprächen zwischen deutschen und brasilianischen Bischöfen ausgeräumt werden. Allerdings war es zwischen der bischöflichen Kommission Misereor unter dem Vorsitz von Erzbischof Johannes Dyba (anstelle des damals erkrankten Bischofs von Augsburg, Josef Stimpfle) und den Brasilianern noch zu keiner Klärung gekommen. Ein tragbarer Kompromiß wurde erst in Gesprächen mit dem Vorsitzenden und dem Sekretariat der Bischofskonferenz gefunden. Danach bleibt es bei dem Beschluß vom Dezember vorigen Jahres: Misereor wird künftig seine Beiträge an die Brasilianische Bischofskonferenz überweisen. Dieser bleiben „die konkreten Verteilungsrichtlinien und die Beurteilung der Projekte überlassen“. Laufende Projektfinanzierungen, die noch weit in die nächsten Jahre hineinreichen, sind davon nicht betroffen. Ein genauerer Modus der Projektfinanzierung soll erst entwickelt werden. Einige Veränderungen hat die Brasilianische Bischofskonferenz bereits ihrerseits vorgenommen. Die wohl einschneidendste: die Comissão Pastoral da Terra soll nur noch dann in einer Diözese tätig werden können, wenn der Ortsbischof die Erlaubnis dazu gibt. In einer vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz zustimmend zur Kenntnis genommenen Erklärung vom 26. Juni weist der Konferenzvorsitzende, Bischof Lehmann, auf die konfliktreiche, von Europa aus schwer zu beurteilende Arbeit der dortigen Landpastoral und zugleich auf die Notwendigkeit hin, deren Unterstützung durch die deutschen Katholiken sicherzustellen.

Der Zentralauschuß des Weltkirchenrates tagte in Moskau

Vom 17. bis 26. Juli tagte in Moskau der Zentralauschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen. Es war die erste Tagung des Zentralaussschusses bzw. des ÖRK überhaupt in der Sowjetunion. Sie kam zustande nach einer Einladung der russisch-orthodoxen Kirche auf der letzten Vollversammlung des Weltrates in Vancouver 1983. Bei der Eröffnung der ZA-Tagung plädierte sowohl der Generalsekretär des ÖRK, Emilio Castro, wie der Vorsitzende des Zentralaussschusses, Heinz Joachim Held, für stärkere Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch die Christen und die christlichen Kirchen. Castro kritisierte Fehlentwicklungen sowohl im westlichen wie im östlichen System. Im Westen werde Religion immer mehr zur bloßen „Privatan gelegenheit“ und der marktwirtschaftliche Wettbewerb

als „neuer Götze“, nach dem sich die Lebensverhältnisse praktisch orientierten. Dabei nahm Castro speziell die *Europäische Gemeinschaft* ins Visier: Deren Mitgliedsländer hätten zwar Gesellschaften mit freiem Kapitalverkehr geschaffen, blockten aber die menschliche Freizügigkeit innerhalb Gesamteuropas immer mehr ab. Der Aufbau eines „sozialen Europas“ stünde noch in weiter Ferne. Zur *Entwicklung im Osten* merkte Castro an, es werde nun allgemein anerkannt, daß Korruption und bürokratische Immobilität die Kreativität aus der Gesellschaft verdrängt hätten, demokratische Mitbestimmung stoße aber noch weithin auf „hartnäckigen Widerstand“. Held mahnte insbesondere eine noch *stärkere Beschäftigung mit Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung* an. Diese gehörten „ins Zentrum unseres christlichen Glaubensgehorsams“ und „zählten zu Verpflichtungen, von denen sich kein Christ dispensieren“ dürfe. Held forderte eine Fortsetzung des diesbezüglichen „konziliaren Prozesses“ über die für März in Seoul 1990 geplante Weltfriedensversammlung hinaus. Am Ende müsse die Erarbeitung einer „ökumenischen Sozialethik“ stehen. Held sprach sich auch für eine noch stärkere *Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche* aus. Bei der Eröffnung der ÖRK-Tagung (ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Heft) hatte auch der neue Vorsitzende des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, *Jurij Christoradnow*, seinen ersten öffentlichen Auftritt vor einem kirchlichen Gremium. Er stellte weitere Entspannung und Annäherung im Verhältnis von Staat und Kirche in der Sowjetunion in Aussicht und würdigte positiv den Beitrag der Kirchen zum gesellschaftlichen Leben. Bei gleicher Gelegenheit bekräftigte Patriarch *Pimen* in einer Grußadresse die Unterstützung der orthodoxen Kirche für die Perestrojka-Politik Gorbatschows, und Metropolit *Filaret* von Minsk versicherte, die russisch-orthodoxe Kirche sei auf dem Weg zu ihrer eigenen Perestrojka.

Deutsche Lutheraner nehmen kritisch zu „Einheit vor uns“ Stellung

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes veröffentlichten eine Stellungnahme zum Dokument „Einheit vor uns“ der Gemeinsamen katholisch-lutherischen Kommission, das sich mit *Modellen, Formen und Phasen lutherisch-katholischer Kirchengemeinschaft* befaßt (vgl. HK, Juni 1985, 258 f.). Die vom Ökumenischen Studienausschuß von VELKD und DNK/LWB erarbeitete Stellungnahme (Texte aus der VELKD, 37/1989) kritisiert vor allem die Aussagen von „Einheit vor uns“ über ein gemeinsames Amt als notwendiger Bestandteil der angezielten lutherisch-katholischen Kirchengemeinschaft. Das widerspreche einem *Modell der „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“*, demzufolge es nicht notwendigerweise zu einer Ausformung eines bestimmten kirchenleitenden Amtes kommen müsse, sondern wo die unterschiedlich strukturierten kirchenleitenden

Ämter als solche anerkannt und „versöhnt“ würden. Der von „Einheit vor uns“ behauptete „*defectus ordinis*“ des lutherischen Amtes ist für die Stellungnahme auch dann „inakzeptabel, wenn dieses Eingeständnis nur als pragmatischer Zwischenschritt gemeint sein sollte“. „Einheit vor uns“ schreibe die *Leitung der Kirche durch das Kollegium der Bischöfe* als theologisch gültiges und nicht hinterfragbares Prinzip fest. Demgegenüber heißt es in der Stellungnahme: „Wir vermögen ... keinen prinzipiellen Rangunterschied etwa zwischen dem bischöflichen und synodalen Aspekt von Kirchenleitung zu erkennen: beide unterliegen dem Kriterium des Evangeliums und sind von der Kirche aufgrund der evangelischen Freiheit zu verantwortende Gestaltungsmöglichkeiten.“ Die Stellungnahme hält fest, daß nach lutherischer wie altkirchlicher Überzeugung die Teilung von Koinonia der Kirchen in der wechselseitigen vollen Anerkennung einer anderen christlichen Gemeinschaft als Kirche Jesu Christi, „die als Sakraments- und Dienstgemeinschaft gelebt wird und wechselseitige Anerkennung der Ordinationen einschließt“, gegeben sei. Eine *organisatorische Vereinigung* über diese Anerkennung hinaus schaffe kein „Mehr“ an Koinonia.

In Leipzig fand vom 6. bis 9. Juli ein Evangelischer Kirchentag statt

Anlaß für das Treffen, zu dessen Schlußveranstaltung etwa 40 000 Menschen kamen, war die 450-Jahrfeier der Einführung der Reformation im albertinischen Sachsen. Auf dem Kirchentag mit der Losung „Was ist der Mensch, daß du seiner gedenkst?“ kamen in Arbeitsgruppen und Foren vielfach die Themen zur Sprache, die in den letzten Jahren für Spannungen zwischen der evangelischen Kirche und der DDR-Führung sorgen: Ausreiseproblematik, Forderung nach einer Demokratisierung in der DDR. So rief der Dresdner Superintendent *Christof Ziemer* in Leipzig zu einer *neuen „Reformation“ der Gesellschaft in der DDR* auf. Für eine solche Umgestaltung seien mehr Offenheit, Demokratie und ein menschlicheres und durchschaubareres Rechtssystem notwendig. Ziemer trat nachdrücklich für die Aufarbeitung der Geschichte der DDR und für einen offenen Dialog über die Legitimation des gesellschaftlichen Systems ein. Christen bräuchten eine nur vom Glauben bestimmte Zivilcourage. In einer aktuellen Stunde auf dem Kirchentag äußerte Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe*, stellvertretender Vorsitzender des DDR-Kirchenbundes, die Überzeugung, daß die Mehrheit der Bevölkerung der DDR einen menschlicheren und gerechteren Sozialismus wolle, nicht jedoch eine „kapitalistische DDR“. Mit Hinweis auf die Vorgänge bei den Kommunalwahlen im Mai forderte Stolpe eine *umfassende Wahlreform*. In der gleichen Veranstaltung wies der Dresdner Landesbischof *Johannes Hempel* darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kirche schwieriger geworden sei. Veränderte Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, die wirtschaftliche Lage und die offen auf Veränderung drängende kritische Jugend in der Kir-

che hätten zu den derzeitigen Schwierigkeiten beigetragen. Etliche Friedens- und Umweltgruppen veranstalteten in Leipzig *unabhängig* vom Kirchentag einen „*Statt-Kirchentag*“ in der Lukaskirche. Die Veranstalter betonten, diese Gruppen hätten sich selbst ausgegliedert, weil sie eine biblische Motivation für ihr gesellschaftspolitisches Engagement abgelehnt hätten. Statt des gewohnten „Marktes der Möglichkeiten“ gab es in Leipzig einen „Treffpunkt Glauben“. Die sächsische Landeskirche wollte damit *evangelikale und pietistische Gruppierungen* stärker integrieren, die der Verbindung der Kirche zu alternativen Gruppen kritisch gegenüberstehen.

Der Streit um das Karmelitinnenkloster in Auschwitz dauert an

Die Auseinandersetzung um das Karmelitinnenkloster im sogenannten „Alten Theater“ in Auschwitz in der unmittelbaren Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers ist neu entfacht. Nachdem am 22. Februar 1987 eine Vereinbarung von Vertretern der katholischen Kirche und des Judentums unterzeichnet worden war, nach der die Karmelitinnen *innerhalb von zwei Jahren* ihren umstrittenen Wohnort verlassen und sich in einem anderen, noch zu errichtenden Gebäude unweit des jetzigen Ortes neu ansiedeln sollten, hatte es zunächst so ausgesehen, als sei der Streit beigelegt (vgl. HK, April 1987, 195). Neue Nahrung erhielt dieser jedoch, als Anfang dieses Jahres erkennbar wurde, daß der einmal vereinbarte Zeitplan für die Verlegung des Konventes nicht eingehalten würde. Bisher haben die Arbeiten für die Errichtung des neuen Konvents noch nicht begonnen. Unterdessen informierte der Erzbischof von Lyon und Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Kardinal *Albert Decourtray*, den Präsidenten des Rates jüdischer Organisationen in Frankreich (CRIF), Rechtsanwalt *Theo Klein*, daß Kardinal *Macharski*, der Erzbischof von Krakau, als zuständiger Ortsbischof für Auschwitz, von den polnischen Behörden eine Baugenehmigung für den neuen Konvent erhalten habe. Mit den Bauarbeiten soll nun 1990 begonnen werden. Kardinal Decourtray hatte zunächst auch zugesagt, daß die Klostersgemeinschaft, der inzwischen 15 Ordensfrauen angehören, bis spätestens zum 22. Juli in ein provisorisches Quartier umziehen würde. Jedoch auch diese Zusage wurde nicht eingehalten, während von jüdischer Seite man weiterhin auch auf einer sofortigen Verlegung des Konvents beharrt. Mitte Juli kam es vor dem Karmelitinnenkloster zu Protestaktionen von amerikanischen Juden.

Brasilianische Theologen äußern sich zur kirchenpolitischen Lage in ihrem Lande

Parallel zu verschiedenen europäischen Theologengruppen, die im Gefolge der „Kölner Erklärung“ sich an die Öffentlichkeit wandten, haben jetzt auch brasilianische Theologen zu kirchlichen Vorgängen der letzten Zeit ge-

meinsam und öffentlich Stellung genommen (in Europa zuerst veröffentlicht in „*il regno*“, Bologna, 16. Juli 1989). Im Unterschied zu Stellungnahmen aus westeuropäischen Ländern, handelt es sich bei dem Dokument der Brasilianer nicht um eine Stellungnahme von einzelnen Theologen oder Theologengruppen via Unterschriftenaktion, sondern um einen „Brief“, der auf der *Fünften Vollversammlung der brasilianischen Theologenvereinigung* (SOTER: Sociedade de teologia e ciências da religião) konzipiert und von den etwas über 100 Teilnehmern an der Tagung (Thema „Mystik und Politik“) verabschiedet wurde. Noch am gleichen Tag wurde der Text dem bei den Sitzungen der Theologenvereinigung teilweise anwesenden Vorsitzenden der Brasilianischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Luciano M. de Almeida*, und – symbolhaft – den katholischen Gemeinden von Vitória, wo die Tagung stattfand, übergeben. Im Unterschied zu den Stellungnahmen europäischer Theologen befassen sich die brasilianischen weniger mit der weltkirchlichen Lage als *mit der Situation im eigenen Lande*. Allerdings ist die *Frage der Bischofsernennungen* auch im Papier der brasilianischen Theologen einer der Hauptpunkte. Die Theologen beklagen, was auch in den europäischen Stellungnahmen kritisiert wurde: neue Bischöfe würden ohne Konsultation der Bischöfe der Region ernannt, und die Neuerannten würden „Entscheidungen treffen und Normen diktieren“ ohne Rücksicht auf die seelsorgliche Ausrichtung des Vorgängers und im Gegensatz zu den lokalen Gemeinschaften. Auch über einzelne Bischöfe wird geklagt. Sie stifteten Verwirrung in der katholischen Bevölkerung, indem sie an der theologischen Kommission der Bischofskonferenz vorbei „über die großen Zeitungen Verdächtigungen und Anschuldigungen gegen unsere Brüder und Weggenossen“ lancierten. Speziell genannt wurden Angriffe auf *Leonardo Boff* und *Carlos Mesters*. Aber noch eindringlicher klagen die Theologen in dem „Brief“ über die sich *verändernde kirchliche Gesamtsituation im Lande* insgesamt. In vielen kirchlichen Kommunitäten schwinde der vom Zweiten Vatikanum und den Bischofsversammlungen von Medellín und Puebla ausgehende Enthusiasmus. Das Volk pilgere gleichsam entmutigt, man sage, die Kirche gehe wieder nach rückwärts, und Tatsache sei, „daß weder das Volk und nicht einmal wir gewisse Maßnahmen gegen einige unserer Bischöfe verstehen, die am meisten die Armen verteidigt haben und jetzt noch verteidigen“. In Recife werde die pastorale Arbeit von *Dom Hélder Câmara* durch die jetzt dort herrschende Linie zunichte gemacht, die Aufteilung der Erzdiözese São Paulo durch Rom sei gegen den Willen und die Vorschläge des Ortsbischofs, des Kardinals *Paulo Evaristo Arns*, erfolgt. Die Theologen verteidigen auch Bischof *Pedro Casaldaliga*, der nicht zuletzt wegen seiner Reisen nach Nicaragua in Konflikt mit Rom geraten war. Als Grundmotto des Briefes dient die Erzählung des Seesturms (vgl. Mt 8, 23–27). Das Schiff der Kirche schwanke im Sturm. Aber das Evangelium öffne die Augen und helfe angesichts negativer Fakten, die weit vom Evangelium entfernt seien, den Mut nicht zu verlieren.